

↓ EMPFEHLUNGEN

1

42

- 1 Instrumentalisierung von Nothilfe durch die Taliban verhindern** Feministische Außenpolitik steht in Afghanistan vor einem Dilemma. Angesichts der Repression von Frauen und der akuten Not-situation dürfen menschenrechtliche und humanitäre Prinzipien nicht gegeneinander ausgespielt werden. Hilfe für ein menschenwürdiges Überleben ist notwendig, darf aber nicht durch das Taliban-Regime instrumentalisiert werden.
- 2 Wagner-Gruppe kriminalisieren** Die russische Wagner-Gruppe ist in der Ukraine an schwersten Menschenrechtsverletzungen beteiligt. Die Bundesregierung sollte sie als kriminelle Gruppierung einstufen. Das Führungspersonal gehört auf Sanktions- und Fahndungslisten.
- 3 Nichtstaatliche Gewaltakteur:innen stärker berücksichtigen** Die ressortübergreifende Strategie der Bundesregierung zur Förderung von Sicherheitssektorreformen fokussiert zu stark auf staatliche Institutionen. Die Politik sollte ihre Aufmerksamkeit stärker auf nichtstaatliche Gewaltakteur:innen wie private Militärfirmen oder regierungsnahe Milizen richten.
- 4 Regierungsnahe Milizen auflösen oder besser kontrollieren** Regierungsnahe Milizen sollten, je nach Ausgangslage, entweder demobilisiert und gegebenenfalls strafrechtlich belangt oder in reguläre Strukturen überführt werden, um die effektive Kontrolle über diese Gruppen zu erhöhen.